

„Mit neuen Heizungen muss die Wärmewende jetzt beginnen“, sagt Habeck

Stand: 12:40 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) kündigt bei der Vorstellung seiner Heizungspläne einen Modernisierungsschub bei Heizungen an, der viele Jahre versäumt worden sei. Unter anderem plant die Regierung einen Klimabonus für den Heizungstausch.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck rechtfertigt die Pläne der Ampel-Regierung zur Umstellung auf klimafreundliche Heizungen. Es müsse jetzt eine Modernisierungsoffensive geben, weil dies viele Jahre versäumt worden sei, sagte der Grünen-Politiker am Mittwoch in Berlin. „Bestehende Heizungen können weiter betrieben werden. Kaputte Heizungen können repariert werden. Aber mit neuen Heizungen muss die Wärmewende jetzt beginnen.“ Andere Länder wie Frankreich, Dänemark, Finnland und Schweden hätten viel früher damit begonnen und seien entsprechend schon weiter. Bauministerin Klara Geywitz (SPD) ergänzte, Gas werde wahrscheinlich nie wieder so billig sein, wie dies vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gewesen sei. „Wer auf alte Technik setzt, investiert zunehmend in Geldvernichtungstechnik.“

Deutliche Kritik kam von der Union. Das Ziel sei richtig, die Umsetzung aber chaotisch, sagte Fraktionsvize Jens Spahn. Auf Mieter und Immobilienbesitzer kämen jetzt enorme Kosten zu, zudem seien die nötigen Handwerker gar nicht verfügbar. Die Ausnahme für Ältere ab 80 Jahren sei willkürlich gewählt, sagte der CDU-Politiker. Andreas Jung, der Klimaschutz- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ergänzte, Habeck wolle mit der Brechstange den Einbau von Wärmepumpen forcieren. „Diesem Gesetz können wir so nicht zustimmen.“

Kabinett beschließt Pläne zum Heizungstausch

Die Bundesregierung plant beim [Heizungstausch \(/wirtschaft/plus244639028/Heizung-Ausnahmen-von-der-Austauschpflicht-das-muessen-Eigentuemern-wissen.html\)](/wirtschaft/plus244639028/Heizung-Ausnahmen-von-der-Austauschpflicht-das-muessen-Eigentuemern-wissen.html) eine neue Förderung. Vorgesehen ist unter bestimmten Voraussetzungen ein „Klimabonus“, wie aus

einem Förderkonzept hervorgeht. Darin heißt es, die reformierte Förderung solle die Bürger beim notwendigen Austausch ihrer Öl- und Gasheizungen in Bestandsgebäuden gezielt und bürokratiearm aus Mitteln des Klima- und Transformationsfonds unterstützen.

Ein Volumen wird nicht genannt, es dürfte sich aber um ein Förderprogramm in Milliardenhöhe handeln. In einem Papier heißt es, die Bundesregierung werde in den kommenden Jahren „ausreichende Mittel“ bereitstellen.

Das Bundeskabinett beschloss demnach an diesem Mittwoch die Pläne zum Heizungstausch. Von 2024 an soll möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien (</wirtschaft/plus244639028/Heizung-Ausnahmen-von-der-Austauschpflicht-das-muessen-Eigentuemern-wissen.html>) betrieben werden. Damit soll der Abschied von Gas- und Ölheizungen (</wirtschaft/article244165033/Verbot-von-Gasheizungen-Wirtschaftsweise-kritisiert-Plan-von-Robert-Habeck.html>) eingeläutet werden.

Laut Förderkonzept soll es für alle Bürger im selbst genutzten Wohneigentum wie bisher eine Grundförderung für den Tausch einer alten fossilen gegen eine neue klimafreundliche Heizung geben. Der Fördersatz soll auf 30 Prozent vereinheitlicht werden.

Zusätzlich soll es unter bestimmten Voraussetzungen Zuschläge in Form von „Klimaboni“ geben. Priorität soll dabei der Austausch von alten und besonders ineffizienten, mit öl- oder gasbefeuerten sogenannten Konstanttemperaturkesseln und verbliebenen Kohleöfen und Nachtstromspeicherheizungen in Wohngebäuden haben, wie es heißt. Wegen der Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems auf den Gebäudesektor werde der Betrieb dieser Heizungen für ihre Besitzer in den nächsten Jahren sehr viel teurer.

Konkret soll es etwa einen Klimabonus in Höhe von 20 Prozent zusätzlich zur Grundförderung für Eigentümer geben, die einkommensabhängige Sozialleistungen erhalten. Ein Klimabonus von 20 Prozent soll es auch in bestimmten Fällen geben, in denen die Bürger nach dem neuen Gebäudeenergiegesetz nicht zum Tausch ihrer alten Heizung verpflichtet sind.

Dazu ist in verschiedenen Fällen ein Klimabonus von 10 Prozent geplant. Ergänzend sollen Förderkredite für den Heizungstausch angeboten werden, um ein Angebot zu schaffen, bei

dem die finanziellen Belastungen zeitlich gestreckt werden. Es sollen zinsgünstige Kredite mit Tilgungszuschüssen gewährt werden. Dieses Kreditprogramm sollen alle Bürger in Anspruch nehmen können.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) *oder direkt per RSS-Feed.*

dpa/saw

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/244884324>